

Der US-Autor Stephen Lendman untersucht rechtliche Aspekte der US-Drohnenangriffe und die Rolle, die Präsident Obama dabei spielt.

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 203/14 – 21.12.14**

Obamas Tötungsliste

Von Stephen Lendman
VETERANS TODAY, 12.02.14

(<http://www.veteranstoday.com/2014/02/12/obamas-kill-list/>)

Die Obama-Administration ist eine Mörder GmbH. Der Präsident selbst nimmt gleichzeitig die Aufgaben des Richters, der Geschworenen und des Henkers wahr.

Er kann jeden Menschen überall auf der Welt aus irgendeinem Grund oder auch völlig grundlos umbringen lassen, unabhängig davon, ob es sich um einen US-Bürger oder einen Ausländer handelt.

Wenn Obama irgendjemand kaltblütig ermorden lassen will, muss er nur eine Unterschrift leisten. Drohnen sind seine bevorzugten Mordwerkzeuge. Sie sind zu Instrumenten des Staatsterrors geworden. Damit kann er angebliche Feinde auf der anderen Seite des Erdballs oder auch in geringerer Entfernung umbringen lassen.

Rechtsgrundsätze spielen dabei keine Rolle. Obama handelt nach eigenen Regeln. Er regiert wie ein Despot, sogar wie einer der schlimmsten. Die vorhandene Technologie macht ihm das ganz leicht.

Das Center for Constitutional Rights / CCR (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Center_for_Constitutional_Rights) wirft Obama vor, dass er mit seiner Tötungsliste richterliche Anordnungen und ordentliche Gerichtsverfahren umgeht.

Durch die Umgehung der Justiz hat sich der US-Präsident die Macht eines Diktators angeeignet. CCR-Direktor Vince Warren hat schon früher darauf hingewiesen, dass Präsidenten dadurch zu kaltblütigen Mördern werden:

"Das Gesetz verbietet es der Regierung, jemand ohne Gerichtsverhandlung und Verurteilung zu töten – außer im Falle einer unmittelbar bevorstehenden tödlichen Bedrohung, die keine Zeit für ein Gerichtsverfahren lässt und nicht auf andere Weise abgewendet werden kann.

Wenn die Regierung Menschen nur auf Grund einer von Bürokraten getroffenen Entscheidung auf eine Tötungsliste setzt und sie monatelang ohne weitere Überprüfung darauf belässt, verstößt sie damit gegen die Verfassung und gegen das Völkerrecht."

Anthony Romero, der geschäftsführende Direktor der ACLU (Infos dazu unter http://de.wikipedia.org/wiki/American_Civil_Liberties_Union) äußerte:

"Ein Programm, das die Tötung von US-Bürgern ohne ordentliches Gerichtsverfahren oder einschlägige Rechtsgrundlagen vorsieht, ist verfassungswidrig, ungesetzlich und unamerikanisch.

Da niemand auf Grund geheimer Kriterien zu einer Haftstrafe verurteilt werden kann, dürfen wir ihn deswegen auch nicht hinrichten.

Es genügt nicht, wenn die Exekutive von uns verlangt, wir sollten ihr vertrauen; in der Vergangenheit gemachte Erfahrungen haben uns gelehrt, dass wir das nicht können."

Am 10. Februar meldete die Presseagentur AP: "Obama-Mitarbeiter erwägen Drohnenangriff auf US-Verdächtigen".

Dabei handelte es sich um einen namentlich nicht genannten US-Bürger, der verdächtigt wurde, Mitglied der Al-Qaida zu sein. US-Offizielle beschuldigten ihn, Anschläge auf Ziele in den USA geplant zu haben.

Obama überlegt, wie der Verdächtige auch nach den angeblich verschärften Richtlinien für Tötungen mit Drohnen noch eliminiert werden könnte. Juristische Bedenken sind dabei kein Problem. Morde sehen aber legitimer aus, wenn sie gerechtfertigt erscheinen.

Das Justizministerium habe noch kein Verfahren gegen ihn eingeleitet, heißt es in der AP-Meldung. Vier US-Offizielle ließen durchblicken, der Verdächtige befinde sich in einem Staat, der keine US-Militäraktionen auf seinem Territorium dulde, aber auch nicht gegen den Mann vorgehen könne.

Wegen der verschärften Richtlinien habe "das Weiße Haus jetzt ein Problem", meldete AP. Nur das Pentagon dürfe ihn ermorden, weil CIA-Killer nur Ausländer umbringen dürften.

Zwei US-Offizielle bezeichneten den Verdächtigen als "Al-Qaida-Unterstützer" der "direkt verantwortlich für tödliche Angriffe auf US-Bürger im Ausland" sei.

Sie behaupten, er plane weitere Angriffe mit improvisierten Sprengfallen und halte sich – gut geschützt – an einem abgelegenen Ort auf.

Versuche, den Verdächtigen ohne Einverständnis des Staates, in dem er sich aufhält, von einem Kommando trupp der US-Streitkräfte festnehmen zu lassen, seien politisch noch riskanter als ein Drohnenangriff.

Jay Carney, der Pressesekretär des Weißen Hauses, weigerte sich, den Fall zu kommentieren. Er zitierte nur aus der Rede zur Terrorismusbekämpfung, die Obama im Mai 2013 gehalten hat:

"Wenn sich ein US-Bürger ins Ausland begibt, um sich am Krieg gegen die USA zu beteiligen, sich dort aktiv auf die Tötung von US-Bürgern vorbereitet, aber weder von den USA, noch von dem Land, in dem er sich aufhält, festgenommen werden kann, bevor er einen Anschlag ausführt, sollte er durch seine US-Staatsbürgerschaft nicht mehr geschützt sein, als ein Heckenschütze, der in eine Menschenmenge schießt, vor dem Zugriff eines SWAT-Teams (s. <http://de.wikipedia.org/wiki/SWAT>)."

Die Anwendung tödlicher Gewalt dürfe nur erfolgen, "um Angriffe auf US-Bürger zu vermeiden oder zu stoppen", und auch dann nur, wenn "eine Festnahme nicht möglich" sei und es "keine angemessene Alternative zur Beseitigung der Gefahr" gebe.

Von Zielpersonen müsse "eine ständige, unmittelbar drohende Gefahr für US-Bürger ausgehen". AP nannte das "die juristische Definition für die Ausschaltung einer Person, die einen tödlichen Anschlag plant".

Diese neuen US-Richtlinien (für Drohnenangriffe) sind das Papier nicht wert, auf das sie gedruckt wurden. Dann dürften ja nur Zielpersonen angegriffen werden, die gerade einen Anschlag auf US-Bürger vorbereiten.

Der Abgrund, der zwischen den juristischen Vorgaben der US-Bürokratie und der Realität des US-Drohnenkrieges klafft, ist genau so breit, wie die Reichweite einer Hellfire-Rakete (die von eine Drohne abgefeuert wird).

Was Obama sagt und tut, liegt Welten auseinander. Er bricht das Völkerrecht, die US-Verfassung und das US-Recht.

Die Bestimmungen der Bill of Rights (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Bill_of_Rights_%28-Vereinigte_Staaten%29) verbieten es, "jemandem das Leben, die Freiheit oder sein Eigentum ohne ordentliches Gerichtsverfahren zu nehmen".

Die Charta der Vereinten Nationen erlaubt die Anwendung tödlicher Gewalt nur zur vom UN-Sicherheitsrat autorisierten Selbstverteidigung, sonst nicht.

Diese bereits in der Magna Charta von 1215 (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Magna_Carta) festgelegten Prinzipien haben die Zeiten überdauert und sind die Grundlage für die Menschenrechte.

Diese Prinzipien schlossen schon damals das Recht auf ein ordentliches Gerichtsverfahren ein, das in wirklich freien Gesellschaften auch heute noch unangefochten gilt. Und sie begrenzten die Macht der Regierenden.

Obama hält sich nur an seine eigenen Regeln. Er erfindet ständig neue, um seine rechtswidrige Politik und die Drohnenmorde damit zu rechtfertigen.

AP hat den Namen des Staates, in dem sich der US-amerikanische Al-Qaida-Unterstützer aufhalten soll, nicht genannt.

Nach Berichten in den Mainstream-Medien soll es sich um Pakistan handeln. Das ist aber wenig wahrscheinlich, weil Washington dort doch schon länger mit Drohnen Jagd auf Zielpersonen macht.

US-Offizielle, die anonym bleiben wollten, äußerten, der Name des Landes könne nicht preisgegeben werden, weil das die Bekämpfung der Terroristen gefährde.

Sie seien nicht autorisiert, sich öffentlich zu den Drohnenmorden zu äußern. Vermutlich wollten sie Obama nicht noch mehr in Verlegenheit bringen.

Das Justizministerium, das Pentagon und die CIA lehnten es ab, dieses Problem zu kommentieren. Amnesty International erklärte, seit letztem Jahr habe sich kaum etwas geändert, die Regierung sei bei ihren Drohnenangriffen immer noch um Geheimhaltung bemüht.

"Die US-Drohnenpolitik unterliegt offiziell immer noch der Geheimhaltung und lässt viel Raum für Spekulationen, sollte aber offen diskutiert und drastisch eingeschränkt werden."

Seit 2009 hat Obama vier US-Amerikaner mit Drohnen im Ausland ermorden lassen. Es waren Anwar al-Awlaki (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Anwar_al-Awlaki), Samir Khan (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Samir_Khan), Jude Kenan Mohammed (s. <http://www.nytimes.com/2013/05/23/us/one-drone-victims-trail-from-raleigh-to-pakistan.html>) und al-Aw-

lakis jugendlicher Sohn Abdulrahman. Angeblich wurde nur der ältere al-Awlaki vorsätzlich umgebracht.

Hina Shamsi, die Vorsitzende des ACLU-Projektes Nationale Sicherheit, erklärte: "Das Tötungsprogramm der Regierung ist mit dem Gesetz nicht vereinbar, weil es sich nur auf geheim gehaltene Erkenntnisse und ein dubioses Rechtsverständnis stützt.

Dass jetzt auch US-Amerikaner gezielt getötet werden sollen, zeigt die diesem Programm inwohnende Gefahr vager und wechselnder rechtlicher Standards, die es der Regierung sehr leicht machen, geltende Gesetze zu umgehen."

Die von der Regierung veranlassten gezielten Tötungen fänden praktisch außerhalb jeder rechtlichen Überprüfung statt. Rechtsgrundsätze seien aber unantastbar. Frau Shamsi ergänzte:

"Außerhalb von Zonen, in denen bewaffnete Auseinandersetzungen stattfinden, verbieten die US-Verfassung und das Völkerrecht die Anwendung tödlicher Gewalt – außer, wenn nur dadurch eine konkrete, spezifische und unmittelbar drohende Gefahr für Leib und Leben abgewendet werden kann.

Sogar während einer bewaffneten Auseinandersetzung gegen eine bewaffnete Gruppe darf die US-Regierung nur dann tödliche Gewalt gegen die Personen anwenden, die direkt an feindlichen Aktivitäten gegen die USA beteiligt sind."

Dass sich die Regierung nur auf ungesicherte und unzuverlässige geheimdienstliche Erkenntnisse verlasse, erhöhe nur die Besorgnis über ein desaströses Programm, durch das ständig unbeteiligte Menschen verletzt oder getötet würden.

Drohnen töten unterschiedslos. Meistens werden nicht an Kämpfen beteiligte Zivilisten getroffen. Alle Menschen, die in von Drohnen überwachten Gebieten leben, werden dadurch terrorisiert.

Nur wenige der gesuchten Zielpersonen konnten (durch Drohnenangriffe) ausgeschaltet werden. Drohnen sind Instrumente staatlichen Terrors und töten ohne gerichtliche Erlaubnis.

Nur Obama entscheidet, wer wann und wo ermordet wird. Das Leben eines Menschen und grundlegende Rechtsprinzipien sind nichts mehr wert.

Für Francis Boyle (s. http://en.wikipedia.org/wiki/Francis_Boyle) sind Drohnenangriffe "Morde, heimtückische Attentate oder außergerichtliche Exekutionen".

Sie "verstoßen gegen die vom Völkerrecht garantierten Menschenrechte, gegen die Gesetze der betroffenen Staaten und gegen Gesetze der USA".

Sie werfen "schwierige rechtliche Probleme auf, weil sie nicht zwischen Zivilisten und an bewaffneten Auseinandersetzungen beteiligten Kombattanten unterscheiden können".

Die Tötung von Nichtkombattanten "ist als Kriegsverbrechen zu werten". Bei Drohnenangriffen kommen viele unbekannte Unbeteiligte ums Leben.

Bürger der USA und anderer Staaten sind gleichermaßen betroffen. Mit den Drohnenmorden werden die Grundsätze der US-Demokratie verraten. Keine zivilisierte Nation darf bei ihren Aktivitäten das Recht brechen.

Und die US-Regierung hält das alles für rechtens, erklärt es zu ihrer offiziellen Politik und glaubt auch noch, ungestraft davonzukommen.

Eigentlich müssten die Sterne und Streifen (in der US-Fahne) durch ein Hakenkreuz ersetzt werden, faktisch ist das ja auch schon geschehen.

Über den Autor: *Stephen Lendman lebt in Chicago. Er ist zu erreichen über lendmanstephen@sbcglobal.net und schreibt für MoneyNewsNow.com und VeteransToday.com.*

(Wir haben den schon etwas älteren Artikel übersetzt, weil er die erschütternden Aussagen in den unter http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP05713_010513.pdf und http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP20114_191214.pdf aufzurufenden LUFT-POST-Ausgaben ergänzt. Weitere Informationen über Stephen Lendman sind zu finden unter http://www.tlaxcala-int.org/biographie.asp?ref_aut=325&lg_pp=de . Er betreibt die Website <http://sjlendman.blogspot.de/> . Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)



Obama's Kill List

Posted by Stephen Lendman on February 12, 2014

Obama heads an administration Murder, Inc. agenda. He appointed himself judge, jury and executioner.

He targets anyone, anywhere for any reason or none at all. US citizens are vulnerable like foreign nationals.

Murdering them in cold blood is one Obama signature away. Drones are his weapon of choice. They're instruments of state terror. They target alleged enemies half a world away or nearby.

Rule of law principles don't matter. Obama makes his own rules. Despots govern this way. He operates like the worst of them. He does so with technological ease.

The Center for Constitutional Rights (CCR) says Obama's kill list mocks due process and habeas rights.

It circumvents judicial review. It gives presidents diktat power. It permits cold-blooded murder on their say. CCR executive director Vince Warren said earlier:

"The law prohibits the government from killing without trial or conviction other than in the face of an imminent threat that leaves no time for deliberation or due process."

"That the government adds people to kill lists after a bureaucratic process and leaves them on the lists for months at a time flies in the face of the Constitution and international law."

ACLU executive director Anthony Romero said earlier:

“A program that authorizes killing US citizens, without judicial oversight, due process or disclosed standards is unconstitutional, unlawful and un-American.”

We don't sentence people to prison on the basis of secret criteria, and we certainly shouldn't sentence them to death that way.”

“It is not enough for the executive branch to say ‘trust us’ – we have seen that backfire in the past and we should learn from those mistakes.”

On February 10, AP headlined “Obama Officials Weigh Drone Attack on US Suspect.”

At issue is an unnamed US citizen/suspected Al Qaeda member. US officials allege he plans attacking US targets.

Under so-called stricter drone killing guidelines, Obama weighs how to kill him. Judicial fairness isn't a problem. It's making murder look legitimate by sanitizing it.

Justice Department officials haven't yet “built a case against him,” said AP. “Four US officials said (he's) in a country that refuses US military action on its soil and has proved unable to go after him.”

So-called new policy guidelines created a “conundrum for the White House,” said AP. Allegedly they permit Pentagon murder only. CIA hit men are restricted to foreign nationals.

Two US officials called the suspect an Al Qaeda “facilitator.” They allege he's “directly responsible for deadly attacks against US citizens overseas...”

They claim he plans more attacks with improvised explosive devices. They said he's well guarded in a “fairly remote location.”

Unilateral attempts by US forces to capture him allegedly would be risky. Politically more-so than by predator drone attacks.

White House press secretary Jay Carney refused to comment. He cited Obama's May 2013 counterterrorism speech, saying:

“When a US citizen goes abroad to wage war against America and is actively plotting to kill US citizens, and when neither the United States, nor our partners are in a position to capture him before he carries out a plot, his citizenship should no more serve as a shield than a sniper shooting down on an innocent crowd should be protected from a SWAT team.”

Lethal force is allegedly restricted to “to prevent(ing) or stop(ping) attacks against US persons, and even then, only when capture is not feasible and no other reasonable alternatives exist to address the threat effectively,” he added.

Targeted suspects must pose “a continuing, imminent threat to US persons.” AP said it constitutes “the legal definition of catching someone in the act of plotting a lethal attack.”

US guidelines aren't worth the paper they're written on. Catching someone in the act of plotting murder is what US officials claim.

The chasm between administration allegations and truth is big enough to fire multiple/side-by-side Hellfire missiles through.

What Obama says and does is world's apart. He subverts international, constitutional and US statute law provisions.

Bill of Rights protections prohibits "depriv(ing) (anyone) of life, liberty, or property without due process of law."

UN Charter provisions permit lethal force only in Security Council-authorized self defense. Nothing less is permissible.

Magna Carta principles date from 1215. They've stood the test of time. They affirm people rights.

They included due process, habeas, and others free societies take for granted. They mandate limited government power.

Obama operates by his own rules. He invents them to fit policy. He uses them unjustifiably. He does so to justify murder.

AP didn't reveal the country's name allegedly hosting the so-called American Al Qaeda.

Major media reports suggest it's Pakistan. Why is hard to imagine. Drone warfare targets suspects Washington wants eliminated there regularly.

US officials said naming the country would compromise ongoing counterterrorism operations. They spoke on condition of anonymity.

They're not authorized to discuss murder by drone policy publicly, they said. They don't want Obama embarrassed more than already.

Justice Department, Pentagon and CIA officials declined to comment. Amnesty International said "little changed since last year, when it comes to government secrecy over killings."

"The policy is still the stuff of official secrecy and speculation, when it should be a matter of open debate and explicit constraints."

Since 2009, Obama killed four Americans abroad. Murder by drones eliminated them. They include Anwar al-Awlaki, Samir Khan, Jude Kenan Mohammed, and al-Awlaki's teenage son, Abdulrahman. Allegedly only al-Awlaki senior was intentional.

Hina Shamsi heads the ACLU's national Security Project. "The government's killing program has gone far beyond what the law permits, and it is based on secret evidence and legal interpretations," she said.

"The targeted killing of an American being considered right now shows the inherent danger of a killing program based on vague and shifting legal standards, which has made it disturbingly easy for the government to operate outside the law."

Targeted administration killing operates with virtually no oversight. Rule of law principles remain inviolable. According to Shamsi:

"Outside of armed conflict zones, the Constitution and international law prohibit the use of lethal force unless it is used as a last resort against a concrete, specific, and imminent threat of grave harm."

“Even in the context of an armed conflict against an armed group, the government may use lethal force only against individuals who are directly participating in hostilities against the United States.”

Relying “heavily on limited and apparently unreliable intelligence only heightens our concerns about a disastrous program in which people have been wrongly killed and injured.”

Drones kill indiscriminately. Mostly noncombatant civilians are affected. People living in targeted areas are terrorized.

Few high-value targets are eliminated. Drones are instruments of state terror. Killing is extrajudicial.

Obama decides who dies, where and when. Human lives don't matter. Or fundamental rule of law principles.

Francis Boyle calls drone attacks “murders, assassinations, and extrajudicial executions.”

They constitute “a grave violation of international human rights law, the laws of countries where attacks take place, and US domestic law.”

They raise “serious problems of discriminating between civilians and insurgents engaged in armed conflict.”

Killing noncombatants “raises the issue of war crimes accountability.” Drones murder nameless, faceless people.

US citizens are as vulnerable as foreign nationals. US-style democracy subverts its own principles. Imagine a nation calling itself civilized operating extrajudicially.

Imagine calling it the right thing to do. Imagine getting away with murder with impunity. Imagine authorizing it as official US policy.

Imagine a swastika replacing the stars and stripes. Imagine it already there.

About the Author: Stephen Lendman lives in Chicago. He can be reached at lendmanstephen@sbcglobal.net. He writes for MoneyNewsNow.com and VeteransToday.com.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern